

Streit um Härtefallfonds

Acht Jahre nach der Verabschiedung des Patientenrechtegesetzes ist erneut eine Diskussion um die Einführung eines Härtefallfonds entbrannt. Während sich die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Linken für einen solchen Fonds stark machen, halten die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung nichts von diesen Plänen.

Die Bundesärztekammer kritisierte in ihrer Stellungnahme vor dem Gesundheitsausschuss, dass der Antrag der Linken auf eine Abkehr vom Verschuldensprinzip und auf „eine grundlegende Umgestaltung des Arzthaftungsrechts“ abziele. Dies sei nicht sachgerecht. Auch bei der Finanzierung sieht die Kammer Probleme: So schlagen die Linken vor, den Fonds sowohl aus Steuermitteln als auch aus Beiträgen der Ärzte sowie der Pharma- und Medizinprodukteindustrie zu speisen. „Damit ist offenbar eine Sonderabgabe der Leistungserbringer und Industrieunternehmen angedacht, der allerdings Verfassungsrecht entgegenstehen dürfte“, kritisiert die Organisation.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hält das Patientenrechtegesetz mit seinen Regelungen zur Arzthaftung für ausreichend. Ein Entschädigungsfonds widerspreche dem deutschen Haftungssystem, das eine individuelle Haftung des Schädigers vorsieht.

tas/Quelle: Deutscher Bundestag

Kritik von drei Seiten

Mit ihrer nationalen Reduktionsstrategie will die Bundesregierung bis 2025 eine allmähliche Senkung des Zucker-, Fett- und Salzgehalts in Fertiggerichten erreichen. Die Zwischenergebnisse fallen allerdings ernüchternd aus, finden der AOK-Bundesverband, der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) und die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG). Beim 3. Deutschen Zuckerreduktionsgipfel forderten sie daher weitergehende Maßnahmen, um den hohen Zuckerkonsum in Deutschland in den Griff zu bekommen.

Konsens herrscht vor allem darüber, dass der vom Bundesernährungsministerium bisher favorisierte Kurs

freiwilliger Vereinbarungen mit Industrie und Handel nicht ausreicht. „Wenn wir die gesundheitlich bedenklich hohen Zuckerzusätze senken wollen, kommen wir mit Appellen nicht mehr weiter. Seit Langem fordern wir schon ein Werbeverbot für ungesunde Kinderlebensmittel. Jetzt braucht es weitere verbindliche Instrumente. Eine Herstellerabgabe auf zuckergesüßte Erfrischungsgetränke würde das leisten“, betonte Martin Litsch, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes.

Alarm schlug auch der BVKJ. „Kinder und Jugendliche trinken im Durchschnitt bis zu einem halben Liter zuckergesüßte Erfrischungsgetränke pro Tag. Das ist erschreckend, vor allem, wenn man die gesundheitlichen Folgen sieht, mit denen wir in unseren Praxen konfrontiert sind“, sagte Dr. Sigrid Peter, Vizepräsidentin des BVKJ.

Die Präsidentin der DDG, Prof. Dr. med. Monika Kellerer, fühlte sich in ihrer Meinung bestätigt: „Es wird deutlich, dass die freiwilligen Verpflichtungen der Lebensmittelindustrie leider unzureichend sind, um eine messbare und zielführende Zuckerreduktion zu erreichen. Diese Befürchtung haben wir bereits zu Beginn des Prozesses vor zwei Jahren geäußert.“

tas/Quelle: AOK-Bundesverband

Hufeland-Preis verliehen

Der „Hufeland-Preis“ geht in diesem Jahr an Prof. Dr. Gwendolyne Gramer, MBA, und Univ.-Prof. Dr. Prof. h.c. mult. (RCH) Georg F. Hoffmann vom Universitätsklinikum Heidelberg für die Arbeit „Neugeborenen-Screening auf Vitamin B12-Mangel in Deutschland – Strategien, Ergebnisse und Bedeutung für das Gesundheitswesen“.

Die Auszeichnung gilt als bedeutendster Preis der Präventivmedizin. Er wird seit 1960 von der Hufeland-Stiftung ausgeschrieben, in der Bundeszahnärztekammer, Bundesärztekammer und die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung neben der stiftenden Deutschen Ärzteversicherung vertreten sind.

tas/Quelle: Deutsche Ärzteversicherung